



SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST

P/IX/141 - 24.6.54

Hinweise
auf den Inhalt:

BONN, Friedrich-Ebert-Allee 170

Fernsprecher 21831-33

Fernschreiber 039 890

Genfer Verhandlungen gehen weiter	S. 1
Der empfindliche Franco	S. 2
Scheinopposition der FDP in Nordrhein-Westfalen	S. 3
Atomkanonen auf deutschem Boden	S. 5

Auf dem Wege zu einem Welt-Locarno?

(sp) In erstaunlich weitgehender Übereinstimmung haben der britische Außenminister Eden und der chinesische Außenminister Tschu En-lai in seiner Unterhaltung mit dem französischen Ministerpräsidenten Mondès-France ihre Ansichten über die Möglichkeiten einer Entspannung der Weltlage geäußert. Sie decken sich fast vollkommen mit dem von Eden gebrauchten "Locarno"-Begriff, der, auf die kürzeste Formel gebracht, die Verpflichtung aller übrigen Vertragspartner bedeutet, gegen einen durch Gewaltanwendung vertragsbrüchigen Partner vorzugehen.

Vor einem guten Jahr hatte bereits Churchill diesen Gedanken in die Debatte geworfen. Jetzt ist er von Eden unter direkter Bezugnahme auf die in Genf behandelten Südostasien-Fragen neu aufgegriffen worden. Ziel und Sinn solcher Vereinbarungen würde es sein, zwischen den an der Genfer-Konferenz unmittelbar beteiligten fünf Großmächten (USA, England, Frankreich, Sowjetunion und China) und Indien Garantien gegen den Angriff irgendeiner dieser Mächte gegen einen der beiden indochinesischen Staaten Laos und Kambodscha zu schaffen.

Eden sagte im Unterhaus, er werde jederzeit wieder nach Genf gehen. Das ist der Sieg des Verhandlungswillens über Interventionsabsichten. Eden kann sich in seiner Haltung auf die große Mehrheit der Menschen in den europäischen Ländern stützen, er hat jetzt auch die frische und unverbrauchte Kraft des eigenwilligen Mondès-France an seiner Seite und anscheinend zeigt auch der chinesische Außenminister in dieser Richtung guten Willen. Die neueste Entwicklung in Genf kennzeichnet den seit 1952 eingetretenen weltpolitischen Klimawechsel, trotz aller Rückschläge und retardierenden Momente, die es in letzter Zeit gegeben hat und die vielleicht auch in Zukunft nicht ausbleiben werden.

Die Reise Churchills und Edens nach Washington in diesem Augenblick ist ein Vorgang von größter politischer Tragweite. Er wird, wenn er ein Erfolg werden soll, auf der unverändert festen Basis der amerikanisch-englischen Freundschaft eine möglichst weitgehende Abstimmung über den künftigen gemeinsamen Weg bringen müssen, den Frieden und die Freiheit der westlichen Welt zu sichern.

Die "salonfähige" Diktatur

KRK-Stockholm

Herr Franco genießt das Ansehen der katholischen Welt - nicht nur, weil er im Bunde mit der Kirche ist, sondern weil er auch, zwar ein Diktator, "milde" verfährt. Er ist salonfähig für gewisse Demokraten, und die nach Spanien emigrierten Nazisten, dort gerne gesehen, fühlen sich in seinem väterlichen Schutze richtig zu Hause. Nach außen hin ist die Franco-Diktatur stiller als es die kommunistische ist und die nazistische war. Das hilft dem Fremdenverkehr und somit dem "guten Rufe" Francos. Mitunter aber ereignen sich Dinge, die Francos Diktatur im Scheinwerferlicht zeigen. Die schwedische Öffentlichkeit nahm eben an einer solchen an sich unbedeutenden aber außerordentlich bezeichnenden Episode teil.

Einer der besten spanischen Fußballtrupps sollte in Stockholm im Rahmen einer Veranstaltung spielen, die von "Dagens Nyheter", der größten Zeitung Schwedens, mitorganisiert war. Die Zeitung ist nicht etwa sozialistisch, sondern bürgerlich-liberal. - Der Fußballtrupp war schon auf dem Wege nach Stockholm, als die spanischen Behörden in einem Leitartikel von "Dagens Nyheter" einen scharfen Angriff auf die Franco-Diktatur lasen. Der Leitartikel gründete sich auf die eben erschienenen Erinnerungen des ehemaligen amerikanischen Gesandten in Madrid, Bowers, und nannte den Verrat an der spanischen Republik, der mit dem Faschistenaufruf im Jahre 1936 begann und mit der Franco-Diktatur endete, ohne Umschweife beim rechten Namen: schamlos.

Daraufhin verboten die spanischen Behörden das Auftreten des Fußballtrupps in Schweden: "Dagens Nyheter" sollte erst sein Urteil über das Franco Regime widerrufen. Das geschah nun freilich nicht, und vor der Wahl stehend, die ganze Veranstaltung abzusagen, entschloss sich die Zeitung, als Mitorganisation zurückzutreten. Die sonst sehr höfliche schwedische Presse, insbesondere die bürgerliche, widmet der "kleinen" Episode große Aufmerksamkeit. Die Methoden seien bekannt: auch die genannten Fußballspieler hätten keine andere Aufgabe als die, den politischen Absichten der Diktatur zu dienen. Und wie andere Diktatoren habe auch Franco nicht begriffen, dass er mit solchen Methoden nur die Verachtung der wirklich demokratischen

denkenden Welt ernten könne. "Man weiß nicht, ob die Frechheit oder die Einfalt das auffallendste Merkmal der Diktatur ist", schreiben "Dagens Nyheter" im Zusammenhang. Und "Göteborgs Handels- och Sjöfartstidning" sagt, dass diese Erinnerung an den wahren Charakter der Franco-Diktatur nützlich sei. Aber im Namen der Gerechtigkeit sei zu sagen, dass sich die kommunistischen Diktaturen wenigstens in sportlichen Fragen anständiger benehmen, als die spanische Diktatur es in diesem Falle tat.

+ + +

Mit Arnold und Middelhaue für Adenauer

US - Mit Arnold für Adenauer hat die CDU ihren Wahlkampf in Nordrhein-Westfalen geführt. Für die Wähler heisst diese Parole "mit Arnold für die gescheiterte Aussenpolitik Adenauers, für die Opferung der Saar an Frankreich, für die Nichteinlösung des Versprechens von der Sozialreform, für die von Herrn Würmeling forcierte Konfessionalisierung des öffentlichen Lebens, für die Aufblähungen des Bundeskabinetts und der Bundesverwaltung, für eine Steuerreform zugunsten der Reichen, aber gegen die kompromisslose Erhaltung der Freiheit der Meinungsbildung und Meinungsäusserung und gegen die Überwindung der konfessionellen Gegensätze". Das ist die wahre Bedeutung der von der CDU herausgegebenen Parole.

Wer Arnold wählt, wählt also die Politik Adenauers und der CDU in Bonn. Er wählt gleichzeitig die Bischöfe, die sich dafür einsetzen, dass von den Kanzeln das Wort Gottes in parteipolitische Propaganda verfälscht wird. Aber wer in der Meinung, gegen Arnold und Adenauer sein zu müssen, Middelhaue FDP wählt, entscheidet sich nicht weniger vorbehaltlos für die Politik des Bonner CDU-Chefs. Weder Herrn Dehlens, noch Herrn Middelhaues Beteuerungen ändern etwas daran, dass die FDP in allen Fragen der Bundespolitik ein Anhängsel der CDU ist. Es gibt keine Entscheidung des Kabinetts und des Bundestages - einschließlich der Saarfrage - in der die FDP bisher in ihrer koalitionsinternen Opposition über die Grenze hinausgegangen wäre, die ein Risiko für ihren weiteren koalitionsverbleib bedeutet hätte.

Die gleiche FDP, die jetzt von Alternativen zum EVG-Vertrag spricht und versucht, aus der selbstverständlichen Normalisierung der deutschen Beziehungen zum Osten eine Wahlkampfparole zu machen,

hat nichts getan, um die Voraussetzungen für die Verwirklichung dieser Haltung zu schaffen. Mit ihrer Regierungsbeteiligung in Bonn deckt sie unverändert die durch keinerlei sachliche Gesichtspunkte begründete Aufblähung des Kabinetts in Bonn, die Vertagung der Sozialreform, selbstverständlich auch die schon erwähnte einseitige Steuerreform. Gelegentliche Einwände gegen die Konfessionalisierung des öffentlichen Lebens, das die Kirche in zunehmendem Masse dem weltlichen Bereich zu unterwerfen versucht, können an diesem Bild nichts ändern. Mit diesem Regierungsverbleib sanktioniert die FDP auch den Bruch des Konkordats durch Dr. Adenauer, der in Bad Boll den Klerus zur Beteiligung an der politischen Auseinandersetzung aufrief.

Die scheinbaren Gegensätze zwischen FDP und CDU im nordrhein-westfälischen Wahlkampf sind nicht mehr als der Versuch, die Verantwortung für die Politik der Bundesregierung von einem Partner auf den anderen abzuschieben. Wer Arnold oder Middelhaue wählt, wählt Adenauer. So liegen die Dinge in Nordrhein-Westfalen, um die im Wahlkampf so viel herumgeredet worden ist. Daß von den offiziellen und heimlichen Partnern des Bundeskanzlers, dem BHE und dem Zentrum, nichts anderes gilt, versteht sich von selbst.

Bei dieser Methode der politischen Auseinandersetzung mit dem einzigen echten Gegner der Bonner Koalition, der SPD, ist es wohl verständlich, wenn der Bundeskanzler nach einem Ersatz-Propagandaministerium ruft, um die Hilfe der katholischen Kirche fleht und selbst zu gelegentlichen Vorstößen gegen die finanzstarke Großindustrie bereit ist, wenn diese erste Anzeichen eines selbständigen Denken zeigt. Adenauer beginnt nervös zu werden, denn er beginnt zu begreifen, dass seine Politik keines von den Zielen erreicht, die dem deutschen Volk seit nahezu fünf Jahren versprochen werden. Das deutsche Volk indessen hat ein Recht auf die Lösung der Frage seiner Einheit, von der viel gesprochen, in deren Sinne aber viel zu wenig getan wird, hat ein Recht auf Gleichberechtigung gerade auch in seiner Sicherheit und darauf, dass die soziale Gerechtigkeit nicht allein als Prinzip verkündet, sondern soweit das irgend möglich ist, auch verwirklicht wird. Solange Dr. Adenauer sich nicht mit dem gebotenen Nachdruck, und dazu gehört die Aufgabe liebgewonnener, aber offenkundig überholter Vorstellungen, für diese Forderungen einsetzt werden er und seine Statthalter in den Ländern die konsequente Gegnerschaft der Sozialdemokraten finden.

Atomkanonen in West- und Mitteldeutschland

(sp) Jedem Schritt, den die westlichen Besatzungsmächte oder die Sowjetunion auf deutschem Boden tun, folgt das Echo von der anderen Seite. Das ist im politischen Bereich nicht anders als im militärischen. Die vorläufig letzte Etappe dieses Wettlaufs ist die Stationierung von Atomartillerie, die nach den vorangegangenen Maßnahmen in den Westzonen nun auch in der sowjetisch besetzten Zone erfolgen soll.

Die Entsendung amerikanischer Atomartillerie nach Westeuropa ist seinerzeit, vor allem in Frankreich, auf stärksten, schließlich erfolgreichen Widerstand gestoßen. Die Amerikaner sind daraufhin den Weg des geringsten Widerstandes, den in die Bundesrepublik gegangen. Hier wurde von den höchsten Regierungsstellen die Entsendung von Atomkanonen als ein hoher Vertrauensbeweis der Vereinigten Staaten für die Bundesrepublik begrüßt.

Dieser Vertrauensbeweis hat aber eine sehr bittere Kehrseite. Treffen die Meldungen zu, daß jetzt auch in der Sowjetzone Atomgeschütze eingetroffen seien, dann würden in beiden Teilen Deutschlands unerhöht wichtige strategische Ziele von erhöhtem Angriffsanreiz für den Fall einer bewaffneten Auseinandersetzung entstehen, mit all den sich daraus ergebenden katastrophalen Möglichkeiten.

Es ist immer wieder darauf hingewiesen worden, daß Deutschland in einem solchen Falle in die unmittelbarste Gefahr käme, mehr als jedes andere westeuropäische Land, und daß es daher besonderen Wert auf ein Maximum an Sicherheit legen müsse, wie es gerade in den vorgesehene militärischen Verträgen nicht gegeben ist. Die Stationierung von Atomartillerie beiderseits des Eisernen Vorhanges gefährdet diese ohnehin vollkommen mangelhafte Sicherheit zusätzlich auf das schärfste. Die Vorstellung Deutschlands als eines möglichen Schlachtfeldes bekommt durch diese Berichte eine geradezu unheimliche Anschaulichkeit.

* * *

Versuch mit dem Führerkult

rw - Düsseldorf

Bundesvertriebenenminister Prof. Oberländer ist Bundesvorsitzender des Gesamtdeutschen Blocks und zugleich Landesvorsitzender in Nordrhein-Westfalen und Bayern. Er hat also viele Fäden in der Hand. Manche Leute waren von vornherein der Ansicht, diese Häufung der Ämter erinnere etwas zu stark an verflossene Zeiten. Ein RHE-Wahlplakat in Nordrhein-Westfalen hat diese Meinung bestätigt, wenn es rundweg verkündet: "Oberländer für alle, alle für Oberländer". Damals hieß das: "Hüter für alle, alle für einen!" Der Eine war Hitler, jetzt will es Oberländer sein. Der Führerkult ist also wieder gesellschaftsfähig geworden.

Das ist eine Sache, die nicht nur Herrn Oberländer und seinen PHE angeht, denn für das Entstehen dieser Situation ist die Pöcher Koalition mit verantwortlich. Mit Leuten, die mit solchem überheblichen Anspruch vor das Volk hintreten und Stimmen fangen wollen, hätte eine Regierung mit demokratischem Verantwortungsbewußtsein nicht das Bundesvertriebenenministerium besetzen dürfen. Vertriebenen und Ausgebombten, Ostzonenflüchtlingen und Evakuierten, deren Interessenvertretung der Bundesvertriebenenminister an sich zu ziehen bemüht ist, wird damit aber immerhin der Blick dafür geöffnet werden können, daß sie der gleichen, unveränderten Denkkategorie ihre Stimmen geben sollen, der sie ihr bitteres Schicksal verdanken.

Verantwortlich: Peter Raunau